

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

139 neue Wohnungen wurden erstellt

Der Bedarf an Wohnungen und vor allem an preisgünstigem Wohnraum ist in unserem Land nach wie vor vorhanden. Wie aus der Baustatistik hervorgeht, werden immer wieder neue Wohnungen erstellt. Im ersten Quartal 1991 wurden insgesamt 33 Wohnbauten bewilligt, in denen 84 Wohnungen entstehen werden. Im zweiten Quartal erteilten die Behörden 34 Baubewilligungen für Wohnbauten, die nach ihrer Fertigstellung 55 Wohnungen umfassen. Total wird es also gemäss diesen Bewilligungen 139 neue Wohnungen geben.

52 Wohnungen wurden in Einfamilienhäusern bewilligt, 15 Bewilligungen betrafen Mehrfamilienhäuser. Die meisten Wohnungen umfassen fünf oder mehr Zimmer: Solche grossen Wohnungen enthält die Statistik 76, gefolgt von 24 Wohnungen mit vier Zimmern, 20 Wohnungen mit drei Zimmern, 15 Wohnungen mit zwei Zimmern und vier Wohnungen mit einem Zimmer.

33. Bodenseetagung christlicher Politiker

Die 33. Internationale Bodenseetagung christlicher Politiker findet dieses Jahr in Arbon statt. Die am 31. August anberaumte Tagung ist dem Thema «Wertewandel in Bildung und Kultur in Zeiten des Umbruchs» gewidmet. Die Tagung wird eröffnet mit einem Referat des Bundestagsabgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil über den «Wertewandel und christliche Konstanten im Bodenseeraum in den letzten Jahrhunderten» sowie mit dem Vortrag von CVP-Sekretär Dr. Iwan Rickenbacher über das Thema «Unsere Bildungspolitik braucht neue Impulse».

In Arbeitskreisen wird auch über Fragen des Hochschulzuges, der Umweltprobleme rund um den Bodensee und die Verkehrswege über die Grenzen diskutiert.

Einen neuen Markstein möchte die 33. Internationale Bodenseetagung christlicher Politiker mit der Gründung eines sogenannten Bodenseerates setzen. Dieser zunächst nur aus Christdemokraten bestehende Rat soll nach einer Gründungsphase auch den anderen Parteien offenstehen. Damit möchten die Initianten erreichen, dass ein Gremium entsteht, das die Anliegen der Bevölkerung um den Bodensee noch wirkungsvoller als bisher aufgreifen kann.

An den Tagungen christlicher Politiker nehmen jeweils auch Vertreter der FDP und der VU teil.

Mehr Arbeitslose in Ostdeutschland

Nürnberg (AP) Nach dem Auslaufen der Kündigungsschutzregelungen in den neuen deutschen Bundesländern ist die Zahl der ostdeutschen Arbeitslosen erstmals über die Millionen-Grenze gestiegen. Ende Juli registrierten die Arbeitsämter 1 068 639 Erwerbslose, 226 100 mehr als im Vormonat. Im Westen stieg die Zahl der Arbeitslosen um etwa 100 000 auf rund 1,694 Millionen Menschen.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Toni-Joghurt
Fr. -70

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Die Selbstversorgungsquote an Energie hat sich weiter reduziert

Zunahme des Gesamtenergieverbrauchs im Jahre 1990 steht den Zielen des Energiekonzeptes entgegen – Fehlt es an der Umsetzung von Sparprojekten?

(G.M.) – Alljährlich, wenn die liechtensteinische Bevölkerung in den Ferien neue Energien tanken möchte, veröffentlicht das Amt für Volkswirtschaft die Energiestatistik des Vorjahres. Diese Statistik, die angesichts der warmen Witterung und der teilweise Ferienabwesenheit nicht immer auf die notwendige Resonanz stösst, verdient die Aufmerksamkeit aller Bevölkerungsteile: 1990 erhöhte sich in unserem Land erneut der Gesamtenergieverbrauch, während die Eigenversorgungsquote wiederum zurückging. Zu rund zwei Drittel besteht die Energieversorgung aus Erdölprodukten, was bedeutet, dass die Abhängigkeit von Energieimporten weiterhin in einem hohen Ausmass besteht.

Nach der vom Amt für Volkswirtschaft herausgegebenen Energiestatistik 1990 erhöhte sich die erfasste Energiemenge, die aufgrund der Nichterfassung der Lagerbestandsveränderungen und der Benzineinkäufe in der ausländischen Nachbarschaft nur annähernd ermittelt werden kann, um 9,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Struktur der Energieträger in ihrer Ausrichtung auf die Bedarfsmenge hat sich seit dem Aufbau des Erdgasnetzes zwar verändert, indem 1990 immerhin 12,8 Prozent der Energieversor-

gung auf das Konto des Erdgases ging, doch ist die grosse Abhängigkeit von Erdölprodukten geblieben. Der Anteil des Heizöls hat sich im letzten Jahr leicht auf 38,2 Prozent erhöht, während der Anteil des elektrischen Stroms geringfügig auf 20,1 Prozent und jener des Benzins ebenfalls leicht auf 21,2 Prozent zurückging.

Stabilisierung in der Schweiz

Gegenüber dem erneuten Ansteigen des Energieverbrauchs in unserem Land ist in der Schweiz 1990 eine Stabilisierung festzustellen. Die Verbrauchszunahme in unserem Nachbarland, die im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts 1,3 Prozent pro Jahr betrug, stellte sich nur noch auf 0,1 Prozent. Die Energienachfrage in der Schweiz stabilisierte sich auf dem Vorjahresniveau, obwohl – wie das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erklärte – das Bruttoinlandsprodukt um 2,5 bis 3,0 Prozent anwuchs, die Wohnbevölkerung um 0,4 Prozent zunahm, die Anzahl der Fahrzeuge um 4,6 Prozent stieg und 40 000 neue Wohnungen zu versorgen waren. Die Stabilisierung des Gesamtenergieverbrauchs gegenüber dem Vorjahr wird in der Schweiz auf das witterungsbedingt wärmere Jahr zurückgeführt – aber auch auf Erfolge der durchgeführten Aktionen zur rationellen Ener-

gieverwendung, wie sie im Programm «Energie 2000» festgelegt sind.

Wie steht es bei uns?

Derartige Erfolge können in unserem Land noch nicht vorgewiesen werden, obwohl ähnlich lautende Absichtserklärungen schon seit mehr als einem Jahrzehnt in regelmässigen Abständen wiederholt werden. Das Energiekonzept aus dem Jahre 1977, das inzwischen überarbeitet wurde, legte die Zielsetzungen der liechtensteinischen Energiepolitik dar, die – neben der Beachtung der Umweltschutzelange und der Wirtschaftlichkeit der Energie – in Verbindung mit folgenden Stichworten stehen:

- Versorgungssicherheit: Möglichst grosse Unabhängigkeit unseres Landes von Import-Energie.
- Diversifizierung: Ausrichtung des Energiebedarfs auf möglichst viele Energieträger.
- Sparen: Einschränkung des Energieverbrauchs.

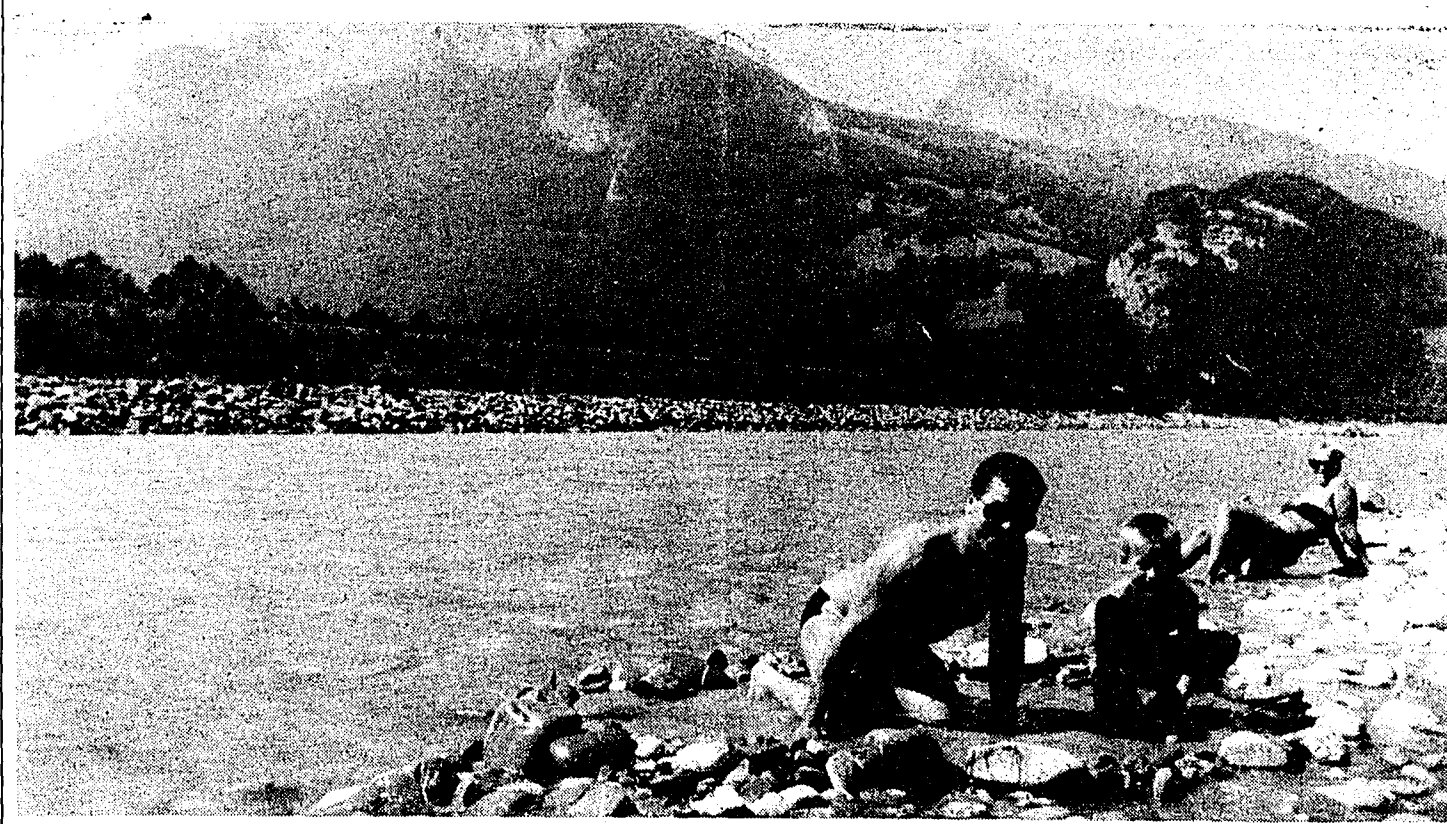
Diesen Zielsetzungen stehen vorerst die jährlichen Zuwachsraten des Energieverbrauchs entgegen. Die Versorgungssicherheit wurde, bei einem Eigenversorgungsgrad von weniger als einem Zehntel des Gesamtverbrauchs, nicht verbessert. Mit der Einführung des Erdgases hat sich

zwar die Verteilung des Energiebedarfs auf ein weiteres Standbein erweitert, doch hat der Aufbau des Erdgasnetzes mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen; so dass man noch weit von den ursprünglichen Zielsetzungen entfernt ist. Und schliesslich scheinen Energie-sparmassnahmen, angesichts der jährlichen Zuwachsraten, noch nicht gegriffen zu haben. Es reiche eben nicht aus, formulierte die Energiekommission 1988 recht drastisch, «nur Entscheidungsgrundlagen zu liefern: Es müssen auch die Entscheidungen fallen und deren Verwirklichung muss erfolgen.»

Forderungen der LGU

Auch die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) zeigt sich seit Jahren unbefriedigt mit der liechtensteinischen Energiepolitik: «Wir verbrauchen Energien ohne Rücksicht auf die Beschränktheit der Ressourcen und allen Sparappellen zum Trotz». Im 1987 veröffentlichten «Grünbuch» forderte die LGU deshalb eine «Weichenstellung, die auf Energiesparen und umweltschonenden Energieverbrauch abzielt.» Eine Reihe von konkreten Forderungsmassnahmen begleiteten im «Grünbuch» die Forderungen zur neuen Energiepolitik – sie stehen heute noch beinahe unverändert im Raum!

Sonnenhungrige geniessen die Freizeit im Freien



Bei den derzeit sommerlichen Temperaturen geniessen dieser Tage wieder zahlreiche Sonnenhungrige ihre Freizeit in Gottes freier Natur. Sei es im Schwimmbad, in den Bergen oder am Rhein, wo sich gesüßeln – wie hier in Balzers – eine stattliche Anzahl einfindet, um neben dem Geniessen des schönen Wetters auch Sandburgen zu bauen. (Bild: pk)

Leserreise 1991 nach Salzburg

Die Leserreise 1991, die im Jubiläumsjahr in die Mozartstadt Salzburg führt, hat grossen Anklang gefunden. Die erste Reise, die vom 5. bis 8. September stattfindet, ist bereits seit längerer Zeit ausgebucht. Hingegen sind noch wenige Plätze frei für die zweite Leserreise, die vom

12. bis 15. September

durchgeführt wird. Das Programm beider Leserreisen ist genau gleich. Sie unterscheiden sich nur im Datum.

Interessenten, die mit dem VOLKSBLATT die Leserreise nach Salzburg mitmachen wollen, können sich beim Reisebüro Postillion, 9494 Schaan, melden. Verlangen Sie unter der Telefonnummer 265 665 Frau Sylvia Ospelt, sie wird Ihnen im Detail Auskunft geben.

Industrie: Geringere Kapazitätsauslastung

Zürich (AP) Die Kapazitätsauslastung der Schweizer Industrie ist im zweiten Quartal dieses Jahres erstmals seit 1985 unter den längerfristigen Durchschnitt von 84,4 Prozent gesunken. Wie die Konjunkturforschungsstelle an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF/ETH) am Dienstag mitteilte, reduzierte sich der Ausnutzungsgrad im Vergleich zum Vorquartal um mehr als einen Prozentpunkt auf 83,5 Prozent. Zudem habe das Konjunkturbarometer der KOF/ETH im Juni stagniert.

Die regelmässige Umfrage zur Kapazitätsauslastung bei mehr als 1500 Industriefirmen habe im Vergleich zum ersten Quartal einen etwas abgeschwächten Rückgang der Kapazitätsauslastung gezeigt, heisst es in der Mitteilung. Im ersten Quartal habe der Rückgang noch 3,5 Prozentpunkte betragen. Vom Rückgang besonders stark betroffen waren die Maschinen-, die Textil-, die Möbel- und Holz- sowie die Gummi- und Kunststoffindustrie.

Auf dem Stand des Vormonats stagniert hatte im vergangenen Juni der KOF/ETH-Sammelindex der vorlaufenden Konjunkturindikatoren, wie weiter aus der Mitteilung hervorgeht. Der Index war im Mai um 0,3 Prozent angestiegen.

Irak gibt Produktion von Plutonium zu

Auch Eingeständnis über Forschung bei bakteriologischer Kriegsführung

New York (AP) Die irakischen Behörden haben am Montag einen weiteren Teil ihres bisher verheimlichten Atomprogramms preisgegeben und eingeräumt, geringe Mengen Plutonium erzeugt zu haben. Gleichzeitig gab Irak zu, in einem Labor südöstlich von Bagdad Forschungen auf dem Gebiet der bakteriologischen Kriegsführung betrieben zu haben.

Auch nach diesen neuen Enthüllungen sei nicht daran gedacht, die gegen Irak vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Wirtschaftssanktionen zu lockern, sagten Diplomaten am späten Montagabend am Sitz der Weltorganisation in New York.

Mit den neuen Enthüllungen befasste sich am Montagabend der Welt Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen. Dass diese Dinge erst jetzt bekannt würden, sei ein neuer Fall in der «langen Reihe von Versäumnissen und Betrugsmanövern» seitens der irakischen Behör-

den, sagte der britische UNO-Botschafter Sir David Hannay. Deshalb sei die grosse Mehrheit des Sicherheitsrates auch der Ansicht, dass eine Änderung der Sanktionsbestimmungen nicht gerechtfertigt sei.

Einem UNO-Sprecher zufolge gaben die irakischen Behörden gegenüber einem Inspektionsteam der Vereinten Nationen zu, heimlich etwa drei Gramm Plutonium hergestellt zu haben. Der Stoff wird zum Bau von Atombomben gebraucht, eine solch geringe Menge reicht dafür aber nicht aus. Nach Aussagen von UNO-Experten sind für die Herstellung einer Atombombe etwa acht Kilo Plutonium notwendig.

Der stellvertretende Vorsitzende der UNO-Sonderkommission, die sich mit der Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen befasst, Robert Gallucci, sagte der Associated Press, Irak habe das Plutonium in einem Forschungsreaktor produziert.

EG-Aussenminister ringen um Ausweg

Den Haag (AP) Nach dem Scheitern ihrer jüngsten Jugoslawienmission haben die Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft am Dienstag in Den Haag einen neuen Anlauf zur Beendigung des Blutvergiessens in Kroatien unternommen. Zu Beginn der Sitzung am frühen Nachmittag trafen neue Nachrichten über heftige Kämpfe zwischen Serben und Kroaten mit mindestens 36 Todesopfern ein. Diplomatischen Kreisen in der niederländischen Hauptstadt zufolge zeichnete sich auf der kurzfristig einberufenen Sondersitzung noch kein klares Konzept für einen Ausweg aus der Sackgasse an.

Wie am Rande der Sitzung zu erfahren war, wurde erwartet, dass der französische Aussenminister Roland Dumas den Vorschlag einer EG-Friedenstruppe unterbreiten wird, die eine Pufferzone zwischen den Konfliktparteien Kroatien und Serbien bilden soll.